

Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Pogromnacht.
Ansprache Stadtrat Michael Frost
09.11.2018

Anrede

Anna Rosenbohm und Johanna Kruse habe ich zu der heutigen Gedenkveranstaltung eingeladen, weil sie uns mit ihrem Vortrag eindrücklich vor Augen führen, dass die Pogromnacht ein Verbrechen war, das keineswegs erst nach Einbruch der Dunkelheit des 9. November 1938 begangen wurde.

Möglich wurde diese Entfesselung der Gewalt gegen jüdische Geistliche, Geschäftsinhaber, Intellektuelle, Nachbarn – kurz: Mitbürger, durch die schrittweise Enthemmung zunächst der Sprache, die dann ein politisches Klima erzeugte,

in dem man begann, sich an die Reden politischer Extremisten zu gewöhnen,

und weitere sich ihrer Themen und ihrer Sprache zu bedienen, zu paktieren oder auch zu koalieren, in der irrigen Annahme, durch dieses Entgegenkommen enttäuschte Wähler zurückzugewinnen.

Den Ausgang der Geschichte kennen wir, doch was wir eben in dem Vortrag der beiden Schülerinnen gehört haben, verdeutlicht,

in welcher Geschwindigkeit und nach der erfolgten Übernahme der politischen Macht die gezielte Nutzung – wir hörten es – ganz legaler Instrumente eines demokratisch verfassten Staates, mit denen die politische Opposition ausgeschaltet, gar kriminalisiert und bisherige Repräsentanten ihrer Ämter enthoben wurden.

Es gab eben keine „Machtergreifung“ im Sinne eines Umsturzes oder dergleichen, weil es eines Umsturzes gar nicht bedurfte, sondern einen Vorgang, bei dem Nationalsozialisten sich bestehender Gesetze bedienten, um das demokratische System von innen auszuhöhlen.

Das alles geschah eben nicht nur im politischen Berlin, sondern wirkte sich in kürzester Zeit bis in die Provinz aus, wie gehört, auch bis nach Bremerhaven, wo Oberbürgermeister Waldemar Becké nur wenige Wochen nach dem 30.1.1933 aus dem Amt entlassen wurde, das er 10 Jahre bekleidet hatte.

Ihm folgte Julius Lorenzen, Ortsgruppenleiter der NSDAP in Lehe, der 1932 in die Stadtverordnetenversammlung gewählt worden war.

Im Mai 1933 bestätigte die Stadtverordnetenversammlung seine Einsetzung, und Lorenzen blieb OB bis 1939, als Bremerhaven Teil der Stadt Wesermünde wurde, deren Oberbürgermeister Walter Delius war.

Anrede

Es war diese schnelle Abfolge von einschneidenden Änderungen des gesetzlichen Rahmens und der Ersetzung von Personen an den verantwortlichen Stellen der Politik, der Verwaltung und der Justiz, mit denen die Shoa, die gezielte Vernichtung der jüdischen Bevölkerung Europas, überhaupt erst möglich wurde.

Der 9. November war möglich geworden, weil der Antisemitismus nicht mehr nur ein randständiges Vorurteil in den Köpfen einzelner war, sondern Staatsräson.

Der 9. November war möglich geworden, weil antisemitische Vorurteile nach gezielter und beständiger Verbreitung eine Grundstimmung geschaffen hatten, in der die Juden dem Hass, der in dieser Nacht in offene Gewalt und Zerstörung umschlug, schutzlos ausgeliefert waren.

Tausende verloren in dieser Nacht ihre Existenz, ihre Wohnung – so wie Rabbiner Sally Goldner mit seiner Frau Wilhelmine Goldner mit den Kindern Ludwig und Judith, die hier in der Synagoge in der Schulstraße gelebt hatten und sich nur knapp vor dem Feuer retten konnten, als die Synagoge in Brand gesteckt worden war.

Ich habe im vergangenen Jahr zum selben Anlass an das Schicksal dieser Bremerhavener Familie erinnert, und im Sommer haben wir zum Gedenken an die Familie Goldner vier Stolpersteine an der Stelle in den Fußweg eingelassen, wo bis zum 9. November 1938 ihr Wohnhaus war.

Auf die Vernichtung der bürgerlichen Existenz folgte die Vernichtung der Menschen selbst. Protest, Widerstand blieben aus.

Die Shoa war vorbereitet durch ein öffentliches Klima, in dem die jüdische Bevölkerung nicht über Nacht, sondern über Jahre ihrer Bürgerrechte beraubt worden war.

Der öffentliche Aufruf „Kauft nicht bei Juden“, das Verdrängen von Juden aus öffentlichen Ämtern, das Verbot der Berufsausübung, selbst des Schulbesuchs, der gelbe Stern, Beschlagnahmungen und Enteignung, Vertreibung, Deportation, die Ghettos und schließlich die Vernichtungslager -

sie wurden überhaupt erst möglich durch das Schüren von Angst, Hass und Vorurteilen, durch politische Provokation und Instrumentalisierung einzelner Ereignisse.

Das ist die Mahnung des 9. November 1938. Die Erinnerung an das Grauen ist unsere Verantwortung dafür, dass sich die Geschichte nicht wiederholt, noch nicht einmal ansatzweise.

Warnende Zeichen gibt es viele. Und es gibt viele, die diese Zeichen erkennen und sichtbar machen.

So wie Anna Rosenbohm und Johanna Kruse, die uns als Repräsentanten der Stadt aufzeigen, dass wir als Demokratie wehrhaft sein müssen, und dass es unsere, unsere Erwachsenenverantwortung ist, die Grundlagen für die Anerkennung der Freiheit des Individuums und den Schutz vor Diskriminierung und Entrechtung zu verteidigen.

Das tun wir gemeinsam, indem wir uns heute in Gedenken an diejenigen versammeln, die als Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Opfer nationalsozialistischer Verbrechen wurden, begangen auch von Bremerhavener Bürgerinnen und Bürgern – und nicht von einer starken demokratischen Gemeinschaft geschützt wurden.

Umso größer ist unsere Dankbarkeit dafür, dass wir uns am heutigen Tag, am 80. Jahrestag der Pogromnacht, 73 Jahre nach der Befreiung von der Gewaltherrschaft, als demokratische und freie Gemeinschaft als Bremerhavenerinnen und Bremerhavener versammeln,

um in gemeinsamer Trauer unsere Verantwortung für die Zukunft zu bekennen.

Text: Michael Frost